

Quelle der 2017 hier gesicherten Textfassung:

<https://totoweise.wordpress.com/2011/09/02/der-vertreibungsholocaust-am-deutschen-volk/>

Der Vertreibungsholocaust am deutschen Volk

Veröffentlicht am 2. September 2011 von [totoweise](#)

Ich klage an!

Der Vertreibungsholocaust am deutschen Volk – ein Jahrtausendverbrechen! Zur beabsichtigten Endlösung der deutschen Frage in Ost-, Südost- und Mitteleuropa

Von Mag. Rolf-Josef Eibicht

Das 20. Jahrhundert war ein Jahrhundert des Totalitarismus, der totalitären politischen Systeme des Völkermordes und des Völkermordes durch Massenaustreibungen. Das angebrochene 21. Jahrhundert sollte die Fehler und Verbrechen des vorherigen vermeiden. Dies heißt vor allem, die Menschenrechte (Selbstbestimmungsrecht und Heimatrecht) sind gegenüber jedermann zu beachten und einzufordern, jedem Volk zuzugestehen, einschließlich dem deutschen Volk. Das neue Jahrhundert könnte somit eine Chance zur wirklichen Freiheit aller Völker und Volksgruppen sein.

Die Welt hört alles von den Verbrechen der Deutschen, die Welt hört nichts von den Verbrechen an den Deutschen. Unmittelbar vor Kriegsende und zu 90 % nach dem 8. Mai 1945 fand ein ungeheurer Vertreibungsholocaust am deutschen Volk statt. Unmittelbar vor und in den ersten Jahren nach der Kapitulation wurden rund 14,5 Millionen Menschen aus ihrer jahrhundertlang angestammten Heimat ausgetrieben. Dieser bislang verschwiegene Holocaust kostete mindestens 3 Millionen Heimatvertriebenen das Leben. Und dies überwiegend als ein unverjährbarer Völkermord nach Beendigung der Kriegshandlung, also Morde im sogenannten „Frieden“, ein gigantisches Friedensverbrechen! Ein Jahrtausendverbrechen! Der Vertreibungsholocaust an den Deutschen ist bis heute ohne jede Wiedergutmachung geblieben, obwohl die Deutschen für ihre Verbrechen Unendliches an Wiedergutmachung leisteten und leisten. Keiner hätte sie hierzu zwingen können, sie tun es dennoch fortgesetzt. An Israel und unsere jüdischen Mitbürger wurden von 1953 bis 1991 rund 87 Milliarden DM Wiedergutmachung gezahlt. Bis zum Jahr 2030 wird diese Summe auf 120 Mrd. angestiegen sein. Insgesamt wurden von der Bundesrepublik Deutschland, d.h. nicht nur an die jüdische Seite, bis zum 1. Januar 1990 119,790 Mrd. DM gezahlt. Unverkennbar sind auch die Milliarden-Zahlungen an Polen und Rußland. Zu fragen ist: Wo bleibt die Wiedergutmachung für den Vertreibungsholocaust am deutschen Volk?

Es kann jedoch nicht zweierlei Opfer geben; eine politische Kultur, die dies hinnimmt, ist äußerst defizitär. Zweierlei Opfer, jene mit Wiedergutmachung und jene ohne Wiedergutmachung, sind jedoch heute eine Tatsache und bedeuten eine unerträgliche Ungleichbehandlung, auf der eine wirklich tragfähige und dauerhafte europäische Friedensordnung in keinem Falle aufgebaut werden kann. Eine Tatsache, die mit zur fortgesetzten Zerstörung der nationalen Identität der Deutschen führt, Normalität verhindert. Eine Tatsache, die in der Frage der Heimatvertriebenen die gravierenden Defizite

und Zerrüttung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland belegt, nämlich die Unfähigkeit die Menschenrechte von heute 20 Millionen Heimatvertriebenen einschließlich ihrer Nachkommen, also ein Viertel des eigenen Volkes, zu vertreten und sie endlich einzufordern. Damit muß nach 55 Jahren Massenmord und Massenausreibung nun endlich begonnen werden! Stattdessen betreibt die herrschende politische Klasse eine Politik, die nicht im natürlichen nationalen Zukunftsinteresse des deutschen Volkes liegt, die dem Grundgesetz und dem Amtseid widerspricht (alle Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen, Schaden von ihm abzuwenden ...), eine Politik der dutzendenfachen gegenleistungslosen Milliarden-DM Geldgeschenke etwa an Polen und Rußland, in einem gewissen Verhältnis auch an Tschechien, also den Vertreiberstaaten. Und dabei hätte die deutsche Politik im Interesse der Heimatvertriebenen, und nicht nur ihnen gegenüber, weil die Frage Ostdeutschlands und Sudetendeutschlands eine gesamtdeutsche Frage ist, alle diesbezüglichen Völkerrechtsnormen der Welt an ihrer Seite. Völkermord, Annexion und Deportation wird völkerrechtlich klar zurückgewiesen. Klar ergibt sich auch hieraus, daß das Recht auf Selbstbestimmung in gerechten Grenzen für das ganze deutsche Volk ebenso unverzichtbar ist wie für jedes andere Volk auf der Welt. Der Raub Ostdeutschlands und des Sudetenlandes (Völkermord durch Massenausreibung) entspricht eben nicht völkerrechtlichen Grundsätzen.

Wahr ist, zur rechtsstaatlichen Parteiendemokratie kann es keine Alternative geben. Ebenso wahr ist, eine Demokratie ohne nationale Identität, ohne Patriotismus ist längerfristig nur auf Sand gebaut, eine Attrappe. Auch das deutsche Volk will Gerechtigkeit, den Schutz seiner nationalen Lebens- und Überlebensrechte. Auch unser Volk will Gleichbehandlung und Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung. Nur in Freiheit leiden wir nicht. Die derzeitige national-würdelose politische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland erweist sich somit als unfähig, die Menschenrechte der deutschen Heimatvertriebenen, so gegenüber den polnischen und tschechischen Vertreiberstaaten und ihrer anhaltenden Raubsicherungspolitik einzufordern, etwa in Form eines historischen Ausgleichs. Die Bonner Politik verfügt hier über keinerlei Ideen und Visionen. Der betriebene, unfassbar verantwortungslose Totalverzicht und der jahrzehntelange „Stimmviehmißbrauch“ (Linus Kather) der deutschen Heimatvertriebenen kann längerfristig nur ein neuer Bruchpunkt ins Unheil sein. Auch hätte uns niemand durch den „2+4-Vertrag“ zum Totalverzicht auf Ostdeutschland zwingen können, die Teilwiedervereinigung wäre ohnehin früher oder später nicht aufzuhalten gewesen, aber dann nicht mit Totalverzicht auf ein Viertel des Deutschen Reiches, dies ist die Wahrheit. Auch hätte die deutsche Politik niemanden zwingen können unverschämten Prager Forderungen nachzugeben. Wie ist dieser Verrat an den zentralen nationalen Interessen eines Volkes überhaupt möglich, kann dies der gesunde Menschenverstand verstehen?

Auch sind die deutschen Heimatvertriebenen, etwa ihre Organisationen wie der BdV und die Landsmannschaften, selbst zu einer unabdingbaren Kurskorrektur und Neuorientierung ihrer Heimatpolitik aufgefordert, aus ihrer bisherigen heimatpolitischen Erfolglosigkeit, Versagen und vielfach auch selbstverschuldeten jahrzehntelangen „Stimmviehmißbrauch“, auch ihrer Willfährigkeit, müssen sie endlich die Konsequenzen ziehen, endlich „einen eigenständigen politischen Standpunkt finden“ (Helmut Müller), bis zu einer Abnabelung von den ihre Interessen nicht mehr vertretenden Altparteien.

Einige namhafte Funktionäre der Heimatvertriebenen klagen bereits bitter: „Wir haben 40 Jahre lang heimatpolitisch nichts erreicht. Wir haben vergebens gerungen und uns täuschen lassen.“ Es geht um die Menschenrechte der Heimatvertriebenen, die bei wirklich richtiger heimatpolitischer Präsentation ein beachtliches Gewicht haben können und müssen. Das

angeblichene 21. Jahrhundert muß ein Jahrhundert der Freiheit aller Völker und Volksgruppen werden, weil das Nationale das eigentlich Humane ist, der Zerfall auch des kommunistischen Totalitarismus zu einer unrevindierbaren Renaissance des Nationalen führte. Europäisch sind die Fragen der deutschen Heimatvertriebenen nur zu einem Teil zu lösen, sie müssen vor allen Dingen national gelöst werden. Wir sollten von niemandem verlangen, deutscher als die Deutschen selbst zu sein. Die Frage Ostdeutschlands und des Sudetenlandes kann nicht durch einen unverantwortlichen und unlegitimierte deutschen Totalverzicht, ohne jeden historischen Ausgleich und Kompromiß mit den Vertreiberstaaten, aus der Welt geschafft werden. So tief kann ein Volk nicht sinken und in Ketten liegen um dies für alle Zeiten hinzunehmen. Ein schamloses Verbrechen an der Freiheit und dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, an seinen vitalen nationalen Interessen. Politik muß über die Kunst des Möglichen dann weitergehend die Kunst sein, auch das Notwendige durchzusetzen.

Der Terminus Holocaust, wahrlich ein mörderischer Begriff des Grauens und Schreckens, wurde schon 1913 durch den Engländer Duckett Z. Ferriman als Begriff für Völkermord oder Megatötung in die internationale politische Literatur eingeführt. Die ungeheueren Massenmorde an den deutschen Heimatvertriebenen aus Ost-, Südost- und Mitteleuropa, unter anderem an den Ostdeutschen und Sudetendeutschen, stehen für die größten Massenausbreibungsverbrechen in der Weltgeschichte. Gar nichts kommt diesen Verbrechen im sogenannten „Frieden“ gleich! In den Vertreibungs- und Deportationsgebieten in Ost-, Südost- und Mitteleuropa lebten kurz vor Kriegsende 20 Millionen Deutsche. 18 Millionen dort beheimatete und ansässige und 2 Millionen kriegsbedingt Zugezogene, d. h. Luftkriegsevakuierete sowie andere sich dort aus dem Deutschen Reich Niedergelassene. Etwa lebten in den Ostgebieten des Deutschen Reiches 9.575.000 dort beheimatete Ostdeutsche und im Sudetenland rund 3,5 Millionen Sudetendeutsche. Von den 20 Millionen reichsdeutschen und volksdeutschen Heimatvertriebenen wurden kurz vor und zu 90 % in den Jahren unmittelbar nach der militärischen Kapitulation 14,5 Millionen entrechtet, ausgeplündert und wie Vieh ausgetrieben was der unmittelbaren Ermordung entkommen war. In der Größenordnung etwa der seinerzeitigen Einwohnerschaft Irlands kam es zu Morden und Massenmorden: 3 Millionen Menschen!

Im Einzelnen lauten die Zahlen der Vertreibungsoffer wie folgt:

Ost-, Südost- und Mitteleuropa = 2,111 Millionen (Zahlen auch der Bundesregierung);
Rußlanddeutsche = 350.000; Kriegsevakuierete, Zugezogene = 220.000; im
Vertreibungsprozeß von Polen und Tschechen zusätzlich getötete Wehrmachtssoldaten =
22.000; „Nachvertreibungs-Tote“ nach eigener Mindestschätzung (eher aber viel höher
anzusetzen) = 250.000; insgesamt mindestens 2.952.000. Hierbei handelt es sich ganz klar nur
um Mindestzahlen!

Das Bundesarchiv in Koblenz hat in einer Dokumentation der an Deutschen begangenen Vertreibungsverbrechen das kriminelle Verhalten von Polen bei der Massenausbreibung der Ostdeutschen zusammenfassend so beschrieben: »Als völkerrechtswidriges Massenvergehen stehen im Vordergrund des Berichtsmaterials die gegenüber den Deutschen bei ihrer Verhaftung, in den Gefängnissen und nach der Internierung in ein Arbeitslager verübten Ausschreitungen. Die Gewaltakte bestanden vorwiegend in Mißhandlungen brutalster, teils sadistischer Art mit Peitschen, Gummiknüppeln oder Gewehrkolben, teils bis zur Todesfolge, ferner in willkürlichen Erschießungen und Erschlagungen wie auch Vergewaltigungen von Frauen. Dem Berichtsmaterial nach ist kaum ein einziger Verhafteter und Internierter Mißhandlungen entgangen... Insgesamt aber bestanden in den Gebieten östlich von Oder und

Neiße 1.255 Lager und Gefängnisse, die dem Gewahrsam von Deutschen dienten... Nicht möglich ist es aber, auch nur annähernd zu einer Schätzung der Anzahl der Personen zu gelangen, deren Tod auf Ausschreitungen in Gefängnissen und Lagern zurückzuführen ist. Sehr unterschiedlich sind aber auch die Todesquoten in den einzelnen Lager. Sie differieren zum Teil zwischen 20 und 50 % der Insassen... In einem kurzen Zeitabschnitt blieben von 50 Säuglingen in Potulice nur zwei am Leben... Demnach ergibt sich zum Ausmaß des Geschehens in sämtlichen Gebieten östlich von Oder und Neiße, daß mehr als 400.000 Deutsche Opfer von Vertreibungsverbrechen im Sinne dieser Dokumentation geworden sind. Betroffen durch Gewaltakte wie Vergewaltigungen und Mißhandlungen mit oder ohne Todesfolge wurde... eine weitaus größere Anzahl von Personen.«

In Ostdeutschland kam es zu rund 1.500.000 und im Sudetenland zu 272.000 bis 300.000 Vertreibungsoffern, Vertreibungstoten.

Das Statistische Bundesamt in Koblenz gab in einer „Bilanz des Todes“ die Vertreibungstoten Ostdeutschlands wie folgt an: Ostpreußen = 299.000; Ostpommern 364.000; Ostbrandenburg 207.000; Schlesien 466.000; Danzig = 83.000; Ostdeutschland folglich insgesamt = 1.419.000.“

Zu den Vertreibungsoffern muß jedoch nach allerneuester Erkenntnis noch die Zahl der „Nachvertreibungs-Toten“, diejenigen, die als Folge des Vertreibungsholocaust innerhalb weniger Jahre danach in ihren Aufnahmegebieten starben, hinzugerechnet werden. Bislang noch ein Desiderat der Forschung. Dort wo Ansätze zu diesen Fragen schon erarbeitet wurden, kommt man zu schockierenden Ergebnissen. Die Zahl der 3 Millionen Getöteten wird sich folglich insgesamt noch fühlbar erhöhen. Für die sudetendeutschen „Nachvertreibungs-Toten“ liegen hier schon erste schockierende Zahlen für Teilbereiche vor. Vieles spricht dafür, daß die „Nachvertreibungs-Toten“ die Zahl der sudetendeutschen Vertreibungsoffer, nach ersten Hochrechnungen, noch um 3,5 % erhöhen kann. Nicht auszudenken, was dies für die Erhöhung der Opferzahlen der anderen Vertreibungsgebiete, etwa Ostdeutschland, noch bedeuten kann.

Im April 1950 stellte Senator William Langer vor dem US-Senat fest: „Die Massenvertreibung ist eines der größten Verbrechen, an welchem wir direkt Anteil haben... In der gesamten Geschichte findet sich nirgends ein so scheußliches Verbrechen aufgezeichnet wie in den Berichten über die Begebenheiten in Ost- und Mitteleuropa. Schon 15 bis 20 Millionen wurden von den Stätten ihrer Vorfahren entwurzelt, in die Qual einer lebendigen Hölle geworfen oder wie Vieh über die Verwüstungen Osteuropas getrieben. Frauen und Kinder, Alte und Hilflöse, Unschuldige und Schuldige wurden Gräueltaten ausgesetzt, die noch von niemandem übertroffen wurden.“ Prof. Dr. Werner Frauendienst in Mannheim stellte 1962 treffend fest: „Wie die Hyänen sind Polen hinter den Russen hergezogen und haben sich ihre Opfer geholt, Männer, Frauen und Kinder, die in Gefängnisse und Lager verschleppt, dort zu Tode gequält und umgebracht wurden, um Raum für Polen zu schaffen, die nicht in einen menschenleeren Raum kamen, sondern der erst menschenleer gemacht wurde.“ Und dies trifft für das Sudetenland, den tschechischen Imperialismus ebenso zu, für den russischen in Bezug auf Nordostpreußen. Hilflöse, unschuldige und Schuldige wurden Gräueltaten ausgesetzt, die noch von niemandem übertroffen wurden.“

Von den Feinden Deutschlands wurde hier kaltblütig die Endlösung der deutschen Frage in Ost-, Südost-, und Mitteleuropa betrieben und weit vor Kriegsende geplant, die Endlösung

der deutschen Frage im seit mehr als 2000 Jahren (mit germanischer Ur- und Vorbesiedlung) dem deutschen Volk zugehörigen Heimat- und Siedlungsgebieten, was Ostdeutschland und Sudetendeutschland anbetrifft. Diese Gebiete waren deutsches Land mit deutscher Bevölkerung, lange bevor Amerika entdeckt wurde. Aus dieser Tatsache folgt ein politischer, historischer und menschenrechtlicher Anspruch für uns Deutsche, der unteilbar ist. Aus Unrecht kann niemals Recht werden. Nichts ist geregelt, solange es nicht gerecht geregelt ist. Die Geschichte ist an und für sich revisionistisch, sie kennt keinen Schlußstrich. Der Vertreibungsvölkermord ist in der Öffentlichkeit immer wieder bewußt zu machen und zu betonen, daß sich mit einem kriminellen Akt identifiziert, wer auf die Ostgebiete sowie die Sudetengebiete und private Rückgabeforderungen verzichtet, und dies ohne zumindest einen historischen Ausgleich zu realisieren. Wir erinnern hier an das Wort von Oswald Spengler: „Niederlagen und Friedensschlüsse wirken niemals so, wie es in der Absicht der Sieger liegt. Alle Verträge sind vergänglich, weil die Grundlagen, Umstände und Ansichten sich ändern, auf denen sie errichtet sind, weil das Antlitz der Geschichte von einem Jahrzehnt zum anderen ein anderes wird. Die Siege sind es auch; denn der Sieger selbst kann an ihnen zugrunde gehen.“

Was Ostdeutschland und das Sudetenland anbetrifft, muß klar in heimatpolitischer Notwendigkeit festgestellt werden: Die ostdeutsche und sudetendeutsche Frage ist nach wie vor politisch, historisch und völkerrechtlich offen. Diese Fragen sind solange offen, solange Selbstbestimmung, das Recht auf die Heimat und die vermögensrechtlichen Probleme offene und ungelöste Fragen sind. Die Deutsche Frage ist nicht gelöst, nur weil das Brandenburger Tor offen ist. Wenn die deutsche Linke hierin Ansätze zur Gewalttätigkeit erkennen möchte und diffamiert, so ist dies völlig abwegig, es kann nur einer grundsätzlich antideutschen, ahistorischen Gesinnung entsprechen, basierend auf reiner Gesinnungsethik statt auf Verantwortungsethik. Auf Rache und Gewalt haben die Heimatvertriebenen schon in der Charta der Heimatvertriebenen unmittelbar nach Kriegsende feierlich verzichtet. Ihnen, denen eigentlich der Friedensnobelpreis schon seit jeher zugestanden hätte, war schon kurz nach Kriegsende klar, daß nicht Gewaltanwendung, sondern nur friedliches Einvernehmen unter den Völkern eine Linderung oder auch Korrektur der ostdeutschen oder sudetendeutschen Lage herbeiführen kann und darf. Es gibt keine Alternative zum historischen Ausgleich, weil der Totalverzicht (Verrat, Verzichtspolitik, Erfüllungspolitik) in Wahrheit nur eine zukünftige Politik des Unfriedens bedeuten kann. Ostdeutschland muß offen sein, für die daraus vertriebenen Ostdeutschen und die heute dort beheimateten Polen, das Sudetenland muß offen sein, für die von dort vertriebenen Sudetendeutschen und die dort heute beheimateten Tschechen. Dabei muß den Deutschen nicht nur das Recht der Selbstbestimmung zur Heimat sondern auch in der Heimat zugestanden sein. Dies wäre ein unabdingbarer historischer Ausgleich, eine unverzichtbare Vision für die deutsche Politik, im Interesse der Menschenrechte auch des eigenen Volkes.

Im übrigen sei bemerkt, daß nach KSZE-Schlußakte eine friedliche und frei vereinbarte Grenzänderung (peacefull change) durchaus erlaubt ist. Eines ist wohl mehr als deutlich: Es kann nicht bleiben wie es ist, und es wird auch nicht mehr so, wie es war.

Die vom polnischen Imperialismus allein nach dem Zweiten Weltkrieg Deutschland geraubten Gebiete haben eine Größenordnung von rd. 114.140 qkm (Statistisches Bundesamt). Dies entspricht der gesamten Fläche der Schweiz, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs oder etwa 1/5 der Fläche Frankreichs, 1/3 der Fläche Italiens und fast der Hälfte der Fläche der britischen Inseln; mehr als der 5-fachen Fläche Israels. Die Vertreibung der Ostdeutschen entspräche der Deportation mehr als der gesamten Bevölkerung Österreichs oder der Schweiz, um Millionen mehr als Israel heute Einwohner hat.

Das vom tschechischen Imperialismus Deutschland geraubte Sudetenland umfaßt 27.000 qkm. Dieses Territorium ist somit weitaus größer als die Bundesländer Schleswig-Holstein (15.721 qkm), Saarland (2.571 qkm), Hamburg (755 qkm), Bremen (404 qkm) und Berlin (rd. 891 qkm) zusammengenommen (alle 4 Bundesländer = 20.342 qkm). Das Sudetenland ist fast dreimal so groß wie der Libanon und fast so groß wie Belgien, weit größer als Israel. Insgesamt rund 30 der 151 (Stand 1984) Mitgliedsstaaten der UN sind territorial kleiner als das Sudetenland. Die Vertreibung der Sudetendeutschen entspräche der Deportation der gesamten Bevölkerung von Bolivien, Irland und Tunesien.

Der offiziell verkündete Verzicht auf Ostdeutschland durch den „2+4-Vertrag“ kommentierte die Tageszeitung „Israel-Nachrichten“ in Tel Aviv, ein Sprachrohr der deutschen Überlebenden der nationalsozialistischen Judenverfolgung, am 21. September 1992 unübertreffbar wie folgt: „Die Japaner sind eisern. Sie unterscheiden sich von den Deutschen. Die Deutschen haben sich mit dem Verlust ihrer Provinzen Schlesien, Pommern und Ostpreußen abgefunden. Das sind 100.000 Quadratkilometer deutsches Land. Ein Viertel von Deutschland. Trotzdem geben die Deutschen Dutzende Milliarden D-Mark an Rußland und Polen... Die Japaner wollen sich mit dem Verlust von 5000 Quadratkilometern Inseln nicht abfinden. `Erst gebt uns die Inseln zurück, dann könnt ihr Geld haben von uns!´ erklären sie in Richtung Moskau. (...) So dumm wie die Deutschen sind die Japaner nicht ... Die Japaner bleiben dabei: Keine Inseln – kein Kredit. Könnte man nicht von diesen Japanern einiges lernen?

Auch wenn man einen Krieg verliert, muß man nicht unbedingt zu allem Ja und Amen sagen.“ Diesen Feststellungen der israelischen Tageszeitung in Tel Aviv ist nichts, absolut nichts mehr hinzuzufügen!

Jedem, der zur hier behandelten Thematik, und weit darüber hinaus, konkretes und näheres wissen möchte, sei die folgende Buch-Neuerscheinung empfohlen: Rolf-Josef Eibicht/Anne Hipp: Der Vertreibungsholocaust. Politik zur Wiedergutmachung eines Jahrtausendverbrechens, 450 Seiten, geb. mit Schutzumschlag, zahlreiche Dokumente und Abbildungen, mit einem Vorwort von Helmut Müller und Beiträgen von Prof. Emil Schlee, Prof. Dr. Helmut Schröcke, Dr. Walter Staffa, Dr. Alfred Ardel, Franz Karl Wolf, Karsten Eder und Karl H. Schwind. Das Werk kostet 39,80 DM und hat die ISBN 3-9805844-5-3. Es ist Mitte Mai 2000 im DS-Verlag in Riesa erschienen. (01572 Riesa, Postfach 68. Telefon: 03525/ 5292-0; Telefax: 03525/5292-22)

Zur Neuerscheinung:

Der Vertreibungsholocaust –

Politik zur Wiedergutmachung eines Jahrtausendverbrechens

Von Rolf-Josef Eibicht u. Anne Hipp H

Unser Werk beschäftigt sich nicht nur mit dem bislang weitgehend verschwiegenen und unterdrückten, dem mit absolut nichts vergleichbaren Vertreibungsholocaust (Völkermord, Megatötung) am Deutschen Volk, sondern es bietet auch, bis ins Jahr 2000, die Aufarbeitung des 55-jährigen Nachkriegsschicksals der deutschen Heimatvertriebenen, insbesondere aus Ostdeutschland (Oder-Neiße Gebiete: Ostpreußen, Ost-Pommern, Ost-Brandenburg, Schlesien, Danzig) und dem Sudetenland (die Randgebiete Böhmens und Mährens sowie

Sudetenschlesien), der diesbezüglich schandbaren Nachkriegspolitik insgesamt. Und hier geht es vor allem um die Zersetzung und Zerstörung der Menschenrechte, zentraler nationaler Interessen unseres Volkes: Versagen, Verkommenheit, Verzicht, Nationalverrat, Erfüllungspolitik. Es geht aber vor allem auch um Politik für die Zukunft; geschichtliche Aufarbeitung und politische Analysen, Erkenntnisse und Forderungen sind gleich stark vertreten.

Der Tiefpunkt des nationalen Elends unseres Volkes, seine Niederhaltung muß endlich überwunden werden! Es geht hier um den ungeheuren Holocaust am Deutschen Volk, der geplanten und beabsichtigten Endlösung der deutschen Frage in Ost-, Südost- und Mitteleuropa. Nichts kommt diesem Verbrechen, ganz überwiegend Massenmorde im „Frieden“, weil nach der militärischen Kapitulation vom 8. Mai 1945, gleich! Unglaubliche Friedensverbrechen in der Verantwortung von Ost und West, auch der Amerikaner und Engländer.

Das Buch ist in seinem zweiten Bereich die Auseinandersetzung mit einer unabdingbaren Politik zur Wiedergutmachung eines Jahrtausendverbrechens, die Anprangerung auch des Verrats an den Menschenrechten (Selbstbestimmungsrecht, Recht auf Heimat) von heute 20 Millionen deutschen Heimatvertriebenen und ihrer Nachkommen durch die herrschende politische Klasse in der BRD: ihrer Erfüllungs- und Verzichtspolitik, einer verkommenen und unehrenhaften nationalen Würdelosigkeit und Schädigung von Volk und Nation, ohne jedes Beispiel in der Weltgeschichte.

Geboten wird auch eine Analyse der Heimatpolitik der Vertriebenenorganisationen selbst, ihrem Versagen und Stimmviehmißbrauch, ihrem Judaslohn für die Abhängigkeit von den Altparteien; der Unabdingbarkeit dennoch vorankommen zu müssen, den polnischen und tschechischen Vertreiberstaaten mit ihrer anhaltenden Raubsicherungspolitik endlich entgegenzutreten, im Interesse des inneren und äußeren Friedens, einer wirklich auf Ausgleich bedachten dauerhaften und tragfähigen Friedensordnung in Europa. Eines muß klar erkannt werden: Das Vertreibungsverbrechen, der Vertreibungsholocaust ist in der Öffentlichkeit immer wieder bewußt zu machen und zu betonen, daß sich mit einem politisch kriminellen Akt identifiziert, wer auf die Ostgebiete sowie auf das Sudetenland, nationale und private Rückgabeforderungen verzichtet, die Fragen sind offen und ungelöst.

Es kann niemals so bleiben wie es ist! Die zerstörte, gestohlene, stigmatisierte und kriminalisierte nationale Identität und Geschichte der Deutschen ist ohne ein Bekenntnis zu Ostdeutschland und dem Sudetenland, die niemals polnisch und tschechisch waren und allein bleiben können, nicht wiederherstellbar, es ist und bleibt eine gesamtdeutsche Forderung, ein gesamtdeutscher Anspruch. Komme, was da wolle! Ein Viertel unseres Deutschen Reiches, insgesamt ein Wert von heute 2 Billionen DM, hat man uns gestohlen. Unsere ostdeutschen und sudetendeutschen, nahezu 2000-jährigen (mit germanischer Urbesiedlung) angestammten Siedlungsgebiete, deren Landsmannschaften, will man aus der Geschichte ausradieren. Einem Volk seine Geschichte zu nehmen und zu zerstören ist ein anhaltender geistiger Genocid. Die Welt hört nichts vom ungeheuren Vertreibungsholocaust am deutschen Volk – ändern wir dies! Es geht um Deutschland: Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung! Das Nationale ist das eigentlich Humane.

In zorniger Trauer

verneigen wir uns vor den Millionen Opfern des Völkermordes, des verschwiegenen Holocaust am deutschen Volk, der von seinen Feinden beabsichtigten und erhofften Endlösung der deutschen Frage in Ost-, Südost- und Mitteleuropa.

„Wie die Hyänen sind Polen hinter den Russen hergezogen und haben sich ihre Opfer geholt, Männer, Frauen und Kinder, die in Gefängnisse und Lager verschleppt, dort zu Tode gequält und umgebracht wurden, um Raum für Polen zu schaffen, die nicht in einen menschenleeren Raum kamen, sondern der erst menschenleer gemacht wurde.“

Prof. Dr. Werner Frauendienst, Mannheim

Die ostdeutschen und sudetendeutschen Fragen sind nach wie vor politisch, historisch und völkerrechtlich offen. Diese Fragen sind solange offen, solange die Menschenrechte, Selbstbestimmung, das Recht auf die Heimat und die vermögensrechtlichen Probleme offene und ungelöste Fragen sind. Die deutsche Frage ist nicht gelöst, nur weil das Brandenburger Tor offen ist.

Rolf- Josef Eibicht Anne Hipp

„Die Minderheiten in Polen sollen verschwinden. Die polnische Politik ist es, die dafür sorgt, daß sie nicht nur auf dem Papier verschwinden. Diese Politik wird rücksichtslos vorwärtsgetrieben und ohne die geringste Beachtung der öffentlichen Meinung der Welt, auf internationale Verträge oder auf den Völkerbund. Die Ukraine ist unter der polnischen Herrschaft zur Hölle geworden. Von Weißrußland kann man dasselbe mit noch größerem Recht sagen. Das Ziel der polnischen Politik ist das Verschwinden der nationalen Minderheiten, auf dem Papier und in der Wirklichkeit.“

Manchester Guardian, 14. Dezember 1931

Ergänzend

Polen: Angst vor der Wahrheit?

Das Präsidium des Bundes der Vertriebenen hatte im Januar die Nominierung von Frau Steinbach für einen der drei Sitze im Beirat der Stiftung »Zentrum gegen Vertreibungen« bestätigt. Seither läuft die polnische Regierung Amok und mischt sich massiv in innerdeutsche Angelegenheiten ein.

Mit dem massiven Angriff und Eingriff in die Abläufe eines anderen Staates wollen die Polen wohl von ihrer eigenen Verantwortung ablenken.

Ausgerechnet Polen, das bereits seit 1919 bzw. 1921 eine aggressive Außenpolitik betrieb und zum Beispiel 1918 Posen mit Waffengewalt besetzte.

Ausgerechnet Polen, das versuchte, Westpreußen zu erobern.

Ausgerechnet Polen, das 1919 Ostgalizien und Ostlitauen überfiel.

Ausgerechnet Polen, das 1920 in die Ukraine und in das tschechische Olsa-Gebiet einfiel.

Ausgerechnet Polen, das 1938 sechs slowakische Grenzkreise besetzte.

Ausgerechnet Polen, das die deutsche Minderheit seit 1921 mißhandelte.

Ausgerechnet Polen, das nach dem Zweiten Weltkrieg Konzentrationslager für Deutsche einrichtete, in denen Tausende umkamen!

Die jahrzehntelange Mißhandlung der deutschen Minderheit wurde sogar vom Ausland bestätigt. So schrieb der britische Botschafter Sir Nevile Henderson am 16.8.1939 an seine Regierung: *»Wenn ein Waffenstillstand bewahrt werden soll – und dies ist die letzte Hoffnung –, dann muß die Mißhandlung der deutschen Minderheit in Polen beendet werden.«*

Aber die Polen gingen nicht nur gegen die Deutschen vor. Auch andere Minderheiten wurden angegriffen. Der Manchester Guardian berichtete bereits am 17.1.1930: *»Die Ukraine ist unter der polnischen Herrschaft zur Hölle geworden. Von Weißrußland kann man dasselbe mit noch größerem Recht sagen. Das Ziel der polnischen Politik ist das Verschwinden der nationalen Minderheiten, auf dem Papier und in der Wirklichkeit.«* Und am 24.12.1931: *»Der polnische Terror in der Ukraine ist heute schlimmer als alles andere in Europa.«*

Will Polen von der Verantwortung ablenken?

Die deutschen Vertreibungsverluste betragen nach Ermittlung des Statistischen Bundesamtes 2,3 Millionen Menschen. Sie setzen sich aus Opfern der Zivilbevölkerung zusammen, die vorwiegend durch Greuelthaten sowjetischer Truppen und auch Mißhandlungen von Polen und Tschechen ums Leben kamen und solchen, die auf der Flucht starben.

Hinzu kommen noch die Ermordeten beim Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ost- und Mitteldeutschland und Österreich sowie die Deutschen, die in den Todes- und Konzentrationslagern der sowjetischen Besatzungsmacht nach dem Kriege zu Tode gequält worden sind. Ihre Zahl beträgt ca. 680.000.

Vom Unrecht der Vertreibung sind ca. 15 Millionen Deutsche betroffen worden.

Die Gesamtzahl der Toten aus den Vertreibungsgebieten Ostdeutschlands, dem Sudetenland, aus Südosteuropa und der Sowjetunion beträgt 3,21 Millionen. Ausgehend von einer deutschen Gesamtbevölkerung in den Vertreibungsgebieten von ca. 17,9 Millionen ist fast jeder fünfte ums Leben gekommen.

Die deutschen Heimatvertriebenen haben aber nicht nur hohe Verluste an Menschen zu beklagen. Die willkürliche Verschiebung der deutschen Ostgrenze an die Oder und Neiße bedeutet einen Gebietsverlust des Gebietes des Deutschen Reiches von 114.296 km². Berücksichtigt man noch Danzig, so hat das deutsche Volk einen Territoriumsverlust von 116.262 km². zu beklagen, das ihm ohne Beachtung des Selbstbestimmungsrechtes gegen bestehendes Völkerrecht geraubt worden ist.

Wenn es nach dem Willen der polnischen Regierung geht, sollen wohl alle diese Fakten aus der Geschichtsschreibung verschwinden.

Und unsere Politiker protestieren noch nicht einmal dagegen! Im Gegenteil tun sie das, was sie seit über 60 Jahren tun: sie senken den Kopf und beugen sich der polnischen Anmaßung und Maßlosigkeit. So wird in Berlin kein Zentrum gegen Vertreibungen, sondern eine Gedenkstätte neudeutscher Schande entstehen.

Ergänzend

Was sind wir nun?

Aus akutem Anlaß übersende ich Ihnen meinen Leserbrief, dessen Veröffentlichung mir sehr am Herzen liegt.

Nachlese zur Ansprache des Bundespräsidenten am 27. Januar 2009 vor dem Bundestag in Berlin: Wer die Rede am Bildschirm verfolgt hat, konnte sich überzeugen, mit welcher inneren Anteilnahme und Engagement der Bundespräsident seine Anliegen vortrug. Die ausgestreckte Hand aber wurde zurückgewiesen. Leider ließ sich der Präsident vom Hauptthema abweichend zu Bemerkungen und Feststellungen hinreißen, die meine Generation, die Kriegsgeneration, und daher auch mich persönlich nicht unberührt lassen können.



Auch ein Nazi: Konrad Zuse, der Erfinder
Ihres Computers

Es handelt sich um die Begriffe „Raub- und Vernichtungskrieger“. Daraus ist für mich zu folgern, dass ich ein Raub- und Vernichtungskrieger gewesen sei. Dem muß ich widersprechen. Daß der Soldat nach Tucholsky ein „Mörder in Uniform“ ist, ist hierzulande juristisch abgesichert. Der Philosoph Arthur Schopenhauer sieht in dem Soldaten dagegen eine tragische Figur, denn er muß auf Menschen schießen, die er nicht kennt und nicht hasst, und zwar auf Befehl von Menschen, die sich kennen und hassen, aber nicht aufeinander schießen.

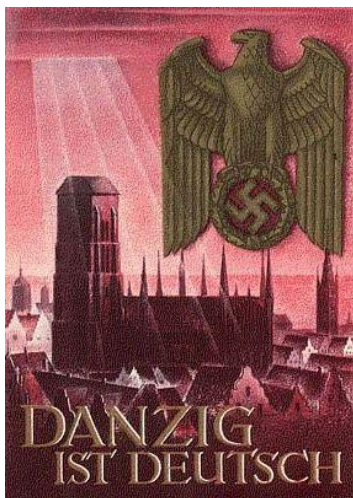
Doch zurück zu den Begebenheiten des Zweiten Weltkrieges. Gleich nach meinem 18. Geburtstag wurde ich 1943 zur Wehrmacht eingezogen. Wir eilten damals nicht nur aus Pflichtgefühl zu den Waffen, sondern weil wir zutiefst überzeugt waren, den Bolschewismus nicht nur von Deutschland, sondern auch von Europa fernhalten zu müssen. Nicht anders ist es zu erklären, daß sich damals Tausende von jungen Europäern uns anschlossen.

In der Normandie geriet ich schwer verwundet in US-Gefangenschaft. Auf einem Hauptverbandsplatz amputierte man mir mein rechtes Bein. Die Behandlung war korrekt, ja hin und wieder verspürte ich menschliche Zuneigung. Leider gab es auch Ausnahmen. Nach meiner Anlandung in Boston war ein Wechsel meines verkrusteten Verbandes notwendig. Mich erwartete der erste Verbandswechsel ohne Narkose. Die Narbe war noch teetassengroß. Der diensthabende Arzt im Rang eines Majors riß den Verband mit kräftigem Ruck ab. Die Wunde wurde mit Seifenlösung und Alkohol – wie damals üblich, gesäubert. Ich schrie laut auf. Da tönte mir aus dem Mund dieses Äskulapjüngers in bestem Hochdeutsch entgegen: „Siehst du, alles für Hitler, du Nazi!“ Sein triumphierender Blick ist nicht zu vergessen. Ich war um eine Lebenserfahrung reicher.

Kehren wir noch einmal zum 3. September 1939 zurück. An diesem Tag erklärten England und Frankreich uns den Krieg und nicht umgekehrt. Am selben Tag war der Karlspreisträger W. Churchill im englischen Rundfunk zu hören: **„Dieser Krieg ist ein englischer Krieg. Sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.“** Er hat sein Wort eingelöst, oder erinnert sich heute schon keiner mehr an unsere zertrümmerten Städte? Als Premierminister unterstrich er 1940 noch einmal: „Ich führe keinen Krieg mit Hitler, sondern mit Deutschland“. All das gehört zur Wahrheitsfindung dazu, selbst wenn es aus „volkspädagogischen“ Gründen heute nicht erwünscht ist.

Eine auf diese Kriegserklärungen häufig genannte Entgegnung lautet: „Ja, aber ihr habt gegen Polen den ersten Schuß abgegeben.“ Ein israelischer Botschafter, auf ein gleiches Problem in seinem Land angesprochen, antwortete: „Es kommt nicht darauf an, wer den ersten Schuß tat, sondern was diesem vorausging“. Diese Feststellung nehme ich auch für uns in Anspruch, und es ging 1939 dem ersten Schuß einiges voraus. Dabei beziehe ich mich nicht auf die abgelehnten Vorschläge Hitlers zur Korridorfrage, sondern auf die Drangsalierung der deutschen Bevölkerung. Die Enteignung, Entrechtung und dadurch mittelbar die **Vertreibung** von 850.000 **Westpreußen** und 650.000 weiteren Deutschen aus Polen. Der **Bromberger Blutsonntag** und der Leidensmarsch der letzten verbliebenen Westpreußen nach **Lowitsch**, alles vergessen, alles verdrängt, aus volkspädagogischen Gründen? Meine polnische Tante hatte diesen Leidenszug mitmachen müssen, nur weil sie mit einem Deutschen verheiratet war. Über drei Monate hat diese Frau sich in meiner Familie hiervon erholen müssen.

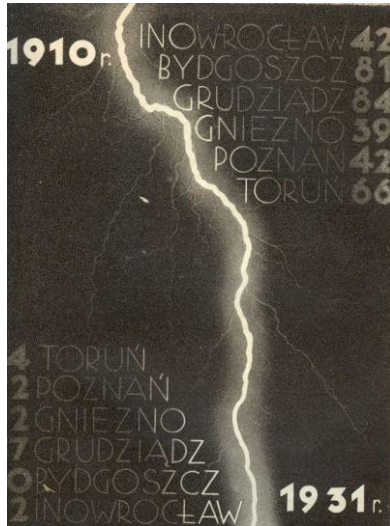
Dr. Hans-Joachim Meyer



Anmerkungen:

Es heißt, die [Vertreibung der Ostdeutschen](#) sei eine Folge des Zweiten Weltkrieges. Aber war der Zweite Weltkrieg wiederum nicht eine Folge der [Vertreibung der Westpreußen?](#)

Denn vor allem hiermit, kaum aber mit dem möglicherweise fingierten Überfall auf den [Sender Gleiwitz](#), wurde damals der Polenfeldzug begründet. Die Meldung über den Sender dagegen blieb nur eine Randnotiz.



Polnisches Propagandaplakat zeigt stolz die Reduzierung des deutschen Bevölkerungsanteils in Westpreußen

Zur Wahrheitsfindung gehört auch, daß der Bombenkrieg am 16./17. April bzw. [11. Mai 1940 mit der Bombardierung des Ruhrgebietes](#) von den Engländern eröffnet wurde. Erst am 10. Juli 1940 erfolgte der deutsche Gegenschlag gegen Südengland. Auch der Seekrieg wurde 1939 von den Engländern eröffnet. [Und Hitler wollte gegen Frieden mit England bis 1940 seine Truppen aus Polen \(ohne Westpreußen\) wieder abziehen.](#) England aber wollte den Seekrieg fortführen.

Die Kriege in Nordafrika und gegen Griechenland gingen keineswegs von Deutschland aus, sondern von Italien. Hitler wurde hier von den Italienern vor vollendete Tatsachen gestellt und leistete dann lediglich Waffenhilfe.

Stets wird verschwiegen, daß [Molotow am 12. 11.1940](#) gegenüber Hitler seine Absicht durchblicken ließ, er wolle nunmehr den Balkan, offenbar samt der für das vom Seehandel abgeschnittene Deutschland lebenswichtigen rumänischen Ölfelder besetzen. Dabei wäre das dann ja wohl der wahre Grund für den Barbarossabefehl und somit den Rußlandfeldzug.

Vieles ist mittlerweile als Propagandalüge entlarvt, etwa der [„Hungerplan“](#), die [„Jesse-Owens-Lüge“](#), die [„Todeself“](#) oder die These, die Nazis hätten jemals pauschal gesagt, [Slawen seien Untermenschen](#) – einfach die Wikipediabeiträge durchlesen.



[Jesse Owens verteidigte zeitlebens](#) Adolf Hitler gegen die Verunglimpfungen in seinem Zusammenhang. Dafür erhielt er 1973 das [Bundesverdienstkreuz](#).

Und wie konnte man eigentlich damals überhaupt noch links sein, wenn man die [Bilder](#) der vielen [Massengräber](#) in Russland mit den Opfern der [Kommunistenherrschaft](#) gesehen hat? Damals wusste man das alles. Danach hieß es 50 Jahre lang, das sei alles Propagandalüge gewesen. Nun stellt sich heraus, daß es doch alles stimmte. Etwa die „Völkermord-Hungersnot“ von 1932 in der Ukraine. Heute ist sie wieder bekannt – als „[Holodomor](#)“ mit geschätzten 7 Millionen Toten. Selbst der [Deutschlandfunk](#) sieht den Vorsatz hierbei als belegt: Gooogeln Sie einfach unter „Deutschlandradio“ und „Holodomor“.

Mehr Information zum Thema können Sie der Webseite www.vorkriegsgeschichte.de entnehmen. Eilige sollten die letzten Seiten zuerst lesen. Auch das neue Nachrichtenmagazin [„ZUERST!“](#) wäre interessant.

Die Sowjetunion besteht nun nicht mehr, das heutige Rußland hat nichts mehr damit zu tun. Im Gegenteil, Rußland hat sehr viel zur Wahrheitsfindung beigetragen. Ähnliches gilt für Polen. Aber die Verbreitung von Halbwahrheiten hier bei uns wird immer unerträglicher. Sie sagen, sie tun das, damit sich Kriege nicht wiederholen. Aber [Vukovar](#), [Omarska](#), [Srebrenica](#) – nicht eine Friedenstaube hat dagegen demonstriert. Ihre serbischen Gesinnungsgenossen wollten sie auf keinen Fall vom Morden abhalten. Was aber wollen die Linken nun wirklich?